



Raphael Tigges



MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN

Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Woche kam der Landtag am Mittwoch und Donnerstag zur 76. und 77. Plenarsitzung zusammen.

Der Plenartag am Mittwoch begann mit einem fraktionsübergreifenden Antrag zur Bekämpfung von Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen. Danach ging es um die Stärkung der Kriminalpolizei und wir haben abschließend die Einführung des integrierten Jura-Bachelors beraten. Später haben wir noch die Aufhebung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens beschlossen.

Der Donnerstag stand im Zeichen der Bildung und begann mit einer Debatte zur Bildungspolitik und endete mit einem Antrag der regierungstragenden Fraktionen zur sprachlichen Bildung von Kindern. Weiter haben wir einen fraktionsübergreifenden Antrag zur Etablierung von Standards zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche behandelt. Zuletzt blicke ich auf den parlamentarischen Abend zum Schützenbrauchtum mit Gästen aus dem Kreis zurück.

Eine Übersicht aller Themen der Woche finden Sie unter: www.landtag.nrw.de/home/aktuelles

Herzliche Grüße und schöne Herbstferien!
Ihr Raphael Tigges

Gutes Fachpersonal für die Kriminalpolizei

Bei der Kriminalpolizei haben die Aufgaben in den letzten Jahren deutlich zugenommen, weil auch die Kriminalität komplexer geworden ist. Eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung ist auf hochqualifizierte Kriminalistinnen und Kriminalisten angewiesen und es ist von entscheidender Bedeutung, gutes Personal zu gewinnen, aus- und fortzubilden und insbesondere langfristig zu halten.

In unserem Antrag von CDU und Grünen haben wir festgestellt, dass diese Aspekte berücksichtigt werden müssen, dass KI unterstützen kann und dass die "Senior Experts" ein Erfolgskonzept sind. Hier soll mehr gefördert und unterstützt werden, damit die Kriminalbeamten die komplexeren Kriminalitätsphänomene bekämpfen können.

Jüdisches Leben weltweit schützen -

Antisemitismus konsequent bekämpfen

Der grausame terroristische Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 jährte sich in dieser Woche zum ersten Mal. Die Motive der Hamas sind die Vernichtung Israels und der Hass gegen Jüdinnen und Juden. Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen Terror und Angriffe zu verteidigen. Nordrhein-Westfalen setzt sich für einen schnellen und dauerhaften Frieden in der Region ein. Dazu gehört auch weiterhin, die humanitäre Lage in Gaza in den Blick zu nehmen.

Nach dem 7. Oktober 2023 ist der in unserer Gesellschaft – auch nach dem Ende der Shoah – weit verbreitete Antisemitismus in erschreckender Form sichtbar geworden, wie der massive Anstieg antisemitischer Straftaten und Vorfälle zeigt.

Mit unserem fraktionsübergreifenden Antrag von CDU, Grünen, SPD und FDP haben wir festgehalten, dass das Land Nordrhein-Westfalen sich solidarisch gegen jede Form von Antisemitismus stellt und an der Seite der israelischen Bevölkerung steht. Es müssen weiter alle Anstrengungen auf einen humanitären Waffenstillstand gerichtet werden, der zu einer Befreiung der Geiseln führt und der das Sterben beendet.

Unter anderem haben wir beschlossen, dass Gedenkstätten feste Elemente im historisch-politischen Bildungsunterricht werden und die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten weiterhin unterstützt wird.

Austausch mit Preeti V. Shah

Am Dienstag haben wir uns im Rahmen der Parlamentariergruppe NRW-USA mit der neuen Generalkonsulin der USA, Preeti V. Shah, getroffen. Neben dem Kennenlernen ging es um Schüleraustausche, Kooperationen in der Wissenschaft und mehr. Thanks for the exchange!





Raphael Tigges



MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN

Einführung des Jura-Bachelors

Nach den vielen Gesprächsrunden mit Kollegen aus den Ausschussbereichen Wissenschaft und Recht, stand am Mittwoch abschließend das Gesetz zur Einführung des integrierten Jura-Bachelors auf der Tagesordnung.

Alle Jurastudenten, die die Voraussetzung für die staatliche Pflichtfachprüfung ab dem 31.03.2017 erfüllt haben, erhalten nun einen Bachelor of Laws (LL.B). Damit honorieren wir erbrachte Leistungen im Studium, halten gleichzeitig am anerkannten System des Staatsexamens fest und schaffen dennoch einen niedrigschwelligen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Auch der teilweise als stark empfundene psychische Druck des klassischen Jurastudiums kann mit der Einführung des Jura-Bachelors gemindert und Studienabbrüche ohne Abschluss verhindert werden.

Schützenbrauchtum im Landtag NRW

Ein besonderer parlamentarischer Abend ist für mich der zum Schützenbrauchtum, denn auch ich bin im Schützenwesen zuhause. Am Dienstag war es wieder soweit und Schützen aus ganz NRW haben den Landtag besucht.

Meiner Einladung gefolgt sind Brudermeister Lars Rugge und das Königspaar Andreas und Miriam Kintrup von der St. Hubertus Schützenbruderschaft Clarholz-Heerde aus meinem Wahlkreis, die dieses Jahr 100-jähriges Jubiläum gefeiert hat.

Zunächst gab es auf dem Vorplatz ein Zapfenstreich und anschließend eine ausgiebige Führung durch das Landtagsgebäude, nach der noch viel Zeit für Imbiss und Klönen blieb. Ein rundum gelungener Abend!

Landeskommission zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Die schonungslose Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist in vielen Institutionen überfällig. Sie ist für die Betroffenen jedoch unerlässlich und muss transparent und nachhaltig geschehen.

In einem gemeinsamen Antrag von CDU, Grünen, SPD und FDP haben wir die Landesregierung beauftragt, eine Landeskommission einzuberufen, die bis Ende nächsten Jahres Standards für die Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen erarbeitet, überlegt wie diese eingehalten werden und Vorschläge für Dunkelfeldstudien macht.

Sprachliche Bildung im frühen Kindesalter

Als letzter Tagesordnungspunkt dieser Plenarwoche stand die Stärkung sprachlicher Bildung in frühkindlichen Bildungseinrichtungen und die Entlastung von Fachkräften an.

Immer mehr Kinder zeigen Schwierigkeiten beim Erlernen der deutschen Sprache bis hin zu einer Sprachentwicklungsstörung auf. Einrichtungen der frühkindlichen Bildung stellen in diesem Zusammenhang wichtige Bildungsorte dar, um die Sprachkompetenzen der Kinder zu fördern und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie und Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Ich freue mich, dass unser Antrag angenommen wurde und die Landesregierung das Thema nun mehr in den Fokus nehmen wird, um Verbesserungen der Systeme und Entlastungen für Fachkräfte zu prüfen.

